

Stand: 02.05.2026 15:40:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22422

"Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-Initiative schützen - Alpenkonvention endlich umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22422 vom 06.06.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/23523 des UV vom 28.06.2018
3. Beschluss des Plenums 17/23845 vom 18.09.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 18.09.2018



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert, Isabella Zacharias SPD**

Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-Initiative schützen – Alpenkonvention endlich umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Alpen-Biosphären-Initiative mit dem Ziel zu starten, mindestens ein weiteres Biosphärenreservat, möglichst aber mehrere, neben dem bereits bestehenden Gebiet Berchtesgadener Land in den bayerischen Alpen einzurichten.

Dazu lässt die Staatsregierung die in Frage kommenden Gebiete wie die Ammergauer Alpen mit Isar-Loisach-Kochelsee-Mooren, Murnauer Moor und Buckelwiesen-Landschaften bei Mittenwald und Klais, aber auch die Chiemgauer Alpen, die Bayerischen Voralpen, das Karwendel, das Wettersteingebirge und die Allgäuer Hochalpen überprüfen, und (wissenschaftlich) qualifizierte Machbarkeitsstudien erstellen, auf deren Basis ein zielorientierter und transparenter Dialog mit der Bevölkerung, mit betroffenen Interessengruppen sowie Naturschutz- und Tourismusverbänden über die Einrichtung geführt wird.

Die Umsetzung und Einrichtung folgt den Ergebnissen dieses Dialogs und findet unter offener demokratischer Beteiligung von Bürgern und Verbänden statt.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der Internationalen Alpenkonvention und ihren einzelnen Protokollen zu einer Politik der Nachhaltigkeit im Alpenraum verpflichtet. Die Diskussion um die Skischaukel am Riedberger Horn hat allerdings deutlich gemacht, dass die Staatsregierung die Verpflichtungen der Alpenkonvention noch nicht ausreichend akzeptiert und in die Tat umsetzt. Daran ändert auch ein zehnjähriger Aufschub für die umstrittene Liftverbindung nichts.

Eine entschlossene und zügige Umsetzung der Alpenkonvention ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil die Klimaerwärmung, der Massentourismus und der ständig wachsende Verkehr, aber auch andere Entwicklungen besonders negative Auswirkungen auf den Zustand des bayerischen Alpenraums, seiner Natur, Landschaften und Bevölkerung haben. Die Idee des Biosphärenreservats bzw. Biosphärenparks eignet sich besonders gut, um den Schutz der Natur mit einer nachhaltigen und an der Tradition orientierten Bewirtschaftung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft, aber auch wirtschaftlicher und touristischer Nutzung zu verbinden. Eine bayerische Biosphäreninitiative im Alpenraum ist daher eine erfolgversprechende Strategie, um eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum im Sinne der Alpenkonvention zu befördern.

An erster Stelle bieten sich für ein Biosphärenreservat mit seinen unterschiedlichen Zonen das Ammergebirge (dort sollte auch die Kernzone sein) mit den Isar-Loisach- bzw. Kochelsee-Loisach-Mooren, dem Murner Moos bzw. Staffelsee-Mooren, Teilen des Staffelsees und den Buckelwiesen-Landschaften um Mittenwald und Klais an. Aber auch andere Bereiche der bayerischen Alpen kommen dafür in Frage, nicht zuletzt auch die Allgäuer Hochalpen mit berühmten Grasbergen wie der Höfats und ihrer unglaublichen Artenvielfalt.

Das Beispiel des österreichischen Biosphärenreservats Großes Walsertal im Bundesland Vorarlberg zeigt, dass sich dieses Modell in hervorragender Weise im Alpenraum verwirklichen lässt. Im Großen Walsertal verbindet sich in den unterschiedlichen Zonen der Schutz der Bergnatur mit bergbäuerlicher, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Nutzung in zukunftsfähiger Weise. Auch die Pflege und Vermittlung der heimischen Kultur und Geschichte sowie Umweltbildung sind ein wichtiger Bestandteil des dortigen Biosphären-Konzepts.

Biosphärenreservate sind UNESCO-Modellregionen und Großschutzgebiete, bei denen der Mensch als Teil der Natur („Biosphäre“) im Vordergrund steht und die die Idee einer nachhaltigen Entwicklung aufgreifen. Übergeordnete Ziele sind die Erhaltung von biologischer Vielfalt und Ökosystemfunktionen, die gewachsene Kulturlandschaften fair zu bewirtschaften und nachhaltig weiterzuentwickeln, den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe zu verwirklichen und die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen für ökologische Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Biosphärenreservate dienen außerdem der

* Streichung von zwei Sätzen in der Begründung

Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie der Forschung. Bürgerbeteiligung ist ein zentraler und unverzichtbarer Bestandteil der Biosphären-Programme.

Das Bayerische Naturschutzgesetz fordert für Biosphärenreservate außerdem großflächige, repräsentative Ausschnitte von Kulturlandschaften. Ein Biosphärenreservat im Ammergebirge bietet eine einzigartige Möglichkeit, Bayerns Verpflichtung zum Schutz und zur Pflege dieser einmaligen Kultur- und Naturlandschaft nachzukommen.

Biosphärenreservate sind in drei Zonen eingeteilt: eine Kernzone, in der die Natur geschützt und weitgehend sich selbst überlassen bleibt, eine Pflegezone,

die die Landschaft und historisch gewachsene Kulturlandschaft schützt, und eine sozioökonomisch orientierte Entwicklungszone.

Bayern besitzt mit der Rhön und dem Berchtesgadener Land nur zwei Biosphärenreservate. Nur das letztgenannte liegt in den bayerischen Alpen, seine Einrichtung liegt schon fast 30 Jahre zurück. Nachdem das Biosphärenkonzept sich erwiesenermaßen besonders gut für die Umsetzung in den Alpen eignet, ist es an der Zeit, dem Alpenschutz in Bayern durch eine eigene bayerische Biosphären-Initiative neuen Schwung zu verleihen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt,
Harry Scheuenstuhl u.a. SPD**
Drs. 17/22422

**Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft
durch bayerische Biosphären-Initiative schützen - Alpenkonvention endlich umsetzen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Eric Beißwenger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 28. Juni 2018 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert, Isabell Zacharias SPD**

Drs. 17/22422, 17/23523

Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-Initiative schützen – Alpenkonvention endlich umsetzen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Florian von Brunn

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Benno Zierer

Abg. Thomas Gehring

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.

a. (SPD)

Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-Initiative schützen - Alpenkonvention endlich umsetzen!

(Drs. 17/22422)

Ich eröffne die Aussprache. Kollege von Brunn steht schon am Rednerpult.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerischen Alpen mit ihrer einzigartigen Natur und ihrer Kulturlandschaft sind das Paradebeispiel für schöne Landschaften schlechthin. Sie sind zugleich eine Schwerpunktregion, ein Hotspot der Natur und Artenvielfalt in Bayern. Diesen Reichtum an großartiger Landschaft, an Natur, an Tier- und Pflanzenarten wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besser schützen. Zugleich wollen wir eine echte nachhaltige Entwicklung, auch im Interesse zukünftiger Generationen, durch eine bayerische Biosphären-Initiative fördern. Wir beantragen deshalb heute, dass mindestens ein weiteres Biosphärenreservat neben dem bereits bestehenden im Berchtesgadener Land in den bayerischen Alpen geschaffen wird. Das soll der Region aber nicht einfach übergestülpt werden. Wir wollen einen soliden, transparenten, demokratischen Weg dahin. Für die infrage kommenden Gebiete, beispielsweise die Ammergauer Alpen mit den Isar-, Loisach-, Kochelseemooren, das Murnauer Moos sowie die Buckelwiesenlandschaften bei Mittenwald und Klais, müssen qualifizierte Machbarkeitsstudien erstellt werden, die ganz offen etwaige Probleme benennen. Auf so einer soliden Basis soll dann ein transparenter Dialog mit der Bevölkerung, mit betroffenen Interessengruppen, mit Naturschutz- und Tourismusverbänden geführt werden.

Die Umsetzung folgt den Ergebnissen dieses Dialogs und findet unter offener demokratischer Beteiligung von Bürgern und Verbänden statt. Das ist ein Prozess, der sich

in anderen Bundesländern bei der Ausweisung von Schutzgebieten bereits bewährt hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Idee eines Biosphärenparks eignet sich besonders gut, um den Schutz der Natur mit einer nachhaltigen und an einer Tradition orientierten Bewirtschaftung der gewachsenen Kulturlandschaft zu verbinden, aber auch mit wirtschaftlicher und touristischer Nutzung. Solche Maßnahmen sind wichtig; denn die Alpen sind besonders gefährdet. Nirgendwo sonst schreitet die Klimaerhitzung so schnell voran wie in den Alpen. In den letzten 100 Jahren ist die Durchschnittstemperatur bereits um über 1,5 Grad Celsius gestiegen. Diese Entwicklung setzt sich fort, sie beschleunigt sich sogar noch. Die Klimaüberhitzung bringt eine erhebliche Gefahr für die Natur und die Artenvielfalt mit sich. Gerade spezialisierte Tier- und Pflanzenarten haben kaum Möglichkeiten, sich an neue klimatische Bedingungen anzupassen oder auf andere Lebensräume auszuweichen. Deswegen brauchen wir eine bessere Vernetzung von Schutzgebieten und auch neue Schutzgebiete.

Die Alpen sind Urlaubsort, Sportarena und vermarktete Wildnis für Touristen aus ganz Deutschland, sogar aus der ganzen Welt. Sie sind ein wichtiges Ziel für Naherholungssuchende aus München, aus Augsburg und aus vielen anderen alpennahen Städten. Das ist gut und bringt Wertschöpfung in den bayerischen Alpenraum. Es bringt aber auch viele Probleme mit sich. Tourismus und Naherholung sind oft nicht nachhaltig und umweltfreundlich. Deswegen ist es wichtig, dass die Politik eine klare Richtung zum Schutz der Alpen, ihrer Natur und ihrer Landschaften vorgibt.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich sind die Alpen auch die Lebensgrundlage und das Kapital für den Tourismus. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Unterzeichnern der internationalen Alpenkonvention. Diese gilt dementsprechend auch für den Freistaat Bayern. In dieser Alpenkonvention haben wir uns zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Alpen verpflichtet. Leider hat die Bayerische Staatsregierung dieses Ziel in den letzten Jah-

ren aus den Augen verloren oder es nie richtig verfolgt. Die Debatte um das Riedberger Horn hat eines gezeigt: Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist die Alpenkonvention – und dabei handelte es sich immerhin um einen völkerrechtlichen Vertrag – genauso egal wie der bayerische Alpenplan. Viele von Ihnen würden die Bayerischen Alpen am liebsten in ein Profitcenter für Investoren und Geschäftemacher umwandeln, wobei der Ministerpräsident und Ihr Fraktionsvorsitzender an erster Stelle stehen. Genau das hat die Diskussion über die Skischaukel im Oberallgäu gezeigt.

Wir wollen das nicht. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung in den Bayerischen Alpen.

(Beifall bei der SPD)

Eine bayerische Biosphären-Initiative im Alpenraum ist ein wichtiger Schritt, um eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention zu befördern. Das Beispiel des österreichischen Biosphärenreservats Großes Walsertal im Bundesland Vorarlberg zeigt, dass sich dieses Modell nicht nur sehr gut in den Alpen verwirklichen lässt, es zeigt auch, dass Biosphärenparks allen gemeinwohlorientierten Interessen Rechnung tragen. Im Großen Walsertal verbindet sich in den unterschiedlichen Zonen der Schutz der Bergnatur mit bergbäuerlicher, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Nutzung in fast vorbildhafter Weise. Auch die Pflege und Vermittlung der örtlichen Kultur und Geschichte sowie Umweltbildung sind dort ein wichtiger Bestandteil des Biosphärenkonzeptes.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern besitzt mit der Rhön und dem Berchtesgadener Land nur zwei Biosphärenreservate. Nur eines davon ist in den Alpen, seine Einrichtung liegt fast 30 Jahre zurück. Es ist an der Zeit, dem Alpenschutz in Bayern durch eine bayerische Biosphären-Initiative neuen Schwung zu verleihen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Nach dem Grundgedanken eines Biosphärenreservats geht es nicht allein um klassischen Naturschutz, sondern es soll insbesondere der Mensch, auch mit seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten, selbst als Bestandteil der Biosphäre im Vordergrund stehen. Für Naturschutz, Tourismus, Wirtschaft, Landwirtschaft soll eine sogenannte Win-win-Situation entstehen. Das heißt, alle sollen im Biosphärenreservat Gewinner sein.

Biosphärenreservate müssen jedoch von den Menschen vor Ort getragen und mit Leben erfüllt werden. Hier ist eine breite Akzeptanz der Bevölkerung, aber auch der Kommunalpolitik erforderlich. Eine Initiative für ein Biosphärenreservat muss daher von der Region ausgehen. Eine Entscheidung der Staatsregierung im Hauruckverfahren über die Köpfe der Bürger hinweg ist nicht zielführend und daher kontraproduktiv.

(Beifall bei der CSU)

Bevor etwaige Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben werden, muss man erst einmal klären, ob ein Biosphärenreservat in den betroffenen Gemeinden und Landkreisen unterstützt würde. Selbstverständlich wollen wir Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen bewahren. Der Schutz der Natur, auch der Schutz der Artenvielfalt ist dabei von besonderer Bedeutung. Genau aus diesem Grund hat die Bayerische Staatsregierung die Naturoffensive Bayern gestartet.

Bayern ist im bundesweiten Vergleich das Land mit den meisten Naturparks und mit dem prozentual höchsten Flächenanteil an Naturparks. 19 bayerische Naturparks umfassen eine Gesamtfläche von knapp 2,1 Millionen Hektar, das entspricht etwa 30 % der Landesfläche. In diesen bayerischen Naturparks werden moderne Naturparkzentren, ausgestattet mit Rangern, eingerichtet. Damit sollen Touristen und Einheimische das Angebot erhalten, Natur und Landschaft kompetent unterstützt zu erfahren. Mit einem neuen Biodiversitätszentrum in der Rhön, einem Walderlebnis- und Eichenzent-

rum im Spessart, dem "Zentrum Naturerlebnis Alpin" am Riedberger Horn sowie dem begehbaren Donauaquarium zusammen mit dem Haus im Moos an der Donau wird die Umweltbildung nicht nur verbessert, sondern auch das Erlebnis Natur noch attraktiver gestaltet.

(Beifall bei der CSU)

Der kooperative Naturschutz in Bayern ist ein bewährtes Erfolgsmodell. Die Bayerische Staatsregierung verfolgt dabei das Ziel, Naturschutz im gesellschaftlichen Konsens zu verwirklichen. Wir wollen anderen nicht alles vorschreiben, sondern wir wollen Angebote machen. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm ist dabei ein wichtiges Werkzeug. Es wird mit zusätzlich 10 Millionen Euro gestärkt. So können noch mehr Naturflächen und damit Lebensraum für die Artenvielfalt geschaffen werden.

Eine von den Menschen in den jeweiligen Regionen mehrheitlich getragene Initiative für ein weiteres Biosphärenzentrum im bayerischen Alpenraum ist derzeit für mich nicht erkennbar. Natur- und Artenschutz wird bei uns nämlich nicht nur durch die rechtliche Einordnung eines Gebietes definiert. Wir wollen keine Käseglocke über das Land stülpen in der Erwartung, damit würde alles gut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir unterstützen dies mit flankierenden Maßnahmen wie dem Kulturlandschaftsprogramm und dem Vertragsnaturschutz sowie vielem mehr. Wir danken insbesondere unseren Landwirten und all denjenigen, die in und von der Natur leben und unsere Kulturlandschaft mit ihrer einzigartigen Artenvielfalt erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe es bereits gesagt, wir sind keine Bevormundungspartei. Wir wollen unseren Willen anderen nicht überstülpen. Wir lehnen den Antrag der SPD deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein interessantes Thema nach dem Thema Steigerwald und anderen Versuchen, Naturparke bzw. Nationalparke einzuführen, ist das Thema Biosphärenreservate. Biosphärenreservate sind grundsätzlich eine gute Einrichtung, die Naturschutz und Nutzung miteinander vereinen. Die Rhön – das ist bereits ausgeführt worden – ist hier als positives Beispiel zu sehen.

(Sandro Kirchner (CSU): Waren Sie schon einmal in der Rhön?)

Aber die Erfahrung aus der Nationalparkdebatte hat gezeigt: Es hat überhaupt keinen Sinn, den Regionen etwas von oben überzustülpen. Das gibt nur Ärger und Widersprüche. Diese Erfahrung hat die Staatsregierung mit ihrer Irrfahrt auf der Suche nach einem Nationalparkgebiet bereits gemacht. Das wurde jetzt ausführlich dargestellt. Es ist erfreulich, dass die CSU jetzt zu der Einsicht gekommen ist, dass man zuerst die Bürger fragen sollte und einen Dialog vorher beginnen sollte, anstatt dieselben Fehler zweimal oder dreimal zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es gibt keinen Grund, hier einen Beschluss zu fassen, in dem eine Gebietskulisse aufgezeigt wird, und dann einen Dialog zu beginnen. Das ist aus Sicht der FREIEN WÄHLER der völlig falsche Weg. Die Forderung nach einer solchen Schutzkategorie muss aus der Region selber kommen, um dort die notwendige Akzeptanz zu erzeugen. Wenn einer oder mehrere Landkreise zusammen Biosphärenreservat werden wollen und entsprechende Beschlüsse fassen, dann sollten wir sie unterstützen und auf diesem Weg mit ihnen gehen. Das ist seit vielen Jahren die Meinung der FREIEN WÄHLER. Wenn, dann muss man an der Basis ansetzen. Wir werden diesen Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Wozu dann Klimaschutz in der Verfassung? Wozu?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen; denn in der Tat sind Biosphärenreservate ein wichtiger Teil einer nachhaltigen Alpenstrategie zum Schutz der Bayerischen Alpen, aber auch zur nachhaltigen Entwicklung der Lebensbedingungen der Menschen in den Alpen. Herr Beißwenger hat sich zu dem Thema eigentlich nicht verhalten. Es ist Tatsache, dass die Glaubwürdigkeit der CSU, was die Alpenstrategie betrifft, mit dem Riedberger Horn verspielt worden ist. Sie sind noch nicht in der Lage, bei diesem Thema neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dieses "Zentrum Naturerlebnis Alpin", das jetzt kommen soll, kann diese verlorene Glaubwürdigkeit nicht wiederherstellen. Nein, Sie haben gemeint, mit dem Abräumen der Skischaukel am Riedberger Horn hätten Sie vielleicht Boden gutgemacht. Aber kein Mensch nimmt Ihnen ab, dass das aus inhaltlichen Gründen, aus Naturschutzgründen oder aus Alpenschutzgründen, passiert ist. Deswegen brauchen Sie sich über Ihren Verlust der Glaubwürdigkeit in vielen Punkten und Ihre Umfrageergebnisse nicht zu wundern. Tatsächlich geht es darum, dass wir einen neuen Weg gehen und Glaubwürdigkeit der CSU bei der Alpenstrategie einfordern.

Aber angesichts der Ereignisse am Riedberger Horn sehen wir: Sie verfallen zurück in Ihre alten Positionen. Der Landrat hat im Sofortvollzug einen Schneiteich in einem Hochlagenmoor genehmigt, in einem Biotop von landesweiter Bedeutung. Es gab einen Dialog mit den Umweltschutzverbänden über eine Kompromisslösung. Ich unterstütze eine solche Kompromisslösung. Aber der Dialog wurde abgebrochen und der Sofortvollzug für diesen Schneiteich angeordnet. Das heißt, es gibt keinen Kompro-

miss. Die Bagger werden anrollen und Hochmoorlagen ausbaggern, die über Jahrmillionen aufgebaut worden sind. Es passt auch nicht, dass in dieser Region jetzt ange-dacht wird, Deutschlands oder Europas größte Mountainbike-Arena zu bauen. Störungen in den neu ausgeweiteten Ruhe-zonen sind programmiert. Das alles passt nicht. Deswegen kann man nicht sagen, in der CSU gebe es eine neue Nachhaltigkeitsstrategie oder eine Alpenstrategie. Nein, Sie haben eigentlich nichts gelernt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen nicht mehr Rummel in den Alpen und nicht noch längere Autokolonnen in unseren Alpentälern. Wir brauchen keinen "Over-Tourismus", sondern wir müssen den Tourismus bei uns jetzt wertvoll machen: wertvoll für die Gäste, für die Natur, für unsere Landschaft und für die Einheimischen. Es geht darum, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und Besucherlenkung zu betreiben, damit das Nebeneinander von Tou-rismus, Alpwirtschaft und Naturschutz möglich ist. Natur muss erlebbar gemacht wer-den, ohne sie zu verbrauchen, und den Menschen müssen Informationen in Form von naturkundlicher Bildung angeboten werden. All dies ist in einem Biosphärenreservat möglich, indem Umwelt- und Naturschutz als Entwicklungschance für eine Region ver-standen werden, indem eine unverwechselbare Kulturlandschaft erhalten wird sowie Einkommen und Arbeitsplätze für Menschen geschaffen werden.

Das Beispiel Großes Walsertal ist schon angesprochen worden. Man sieht hier, wie eine Region im guten Einvernehmen zwischen Mensch, Natur und Ökonomie entwi-ckelt wird. Deswegen wäre die Einrichtung von Biosphärenreservaten und die Dialog-aufnahme mit den Menschen der richtige Weg. Sie können nicht sagen, die Menschen wollen das nicht, also machen wir es nicht. Sie müssen den Dialog beginnen. Sie müssen das Thema setzen. Sie müssen die Möglichkeiten aufzeigen, um dann mit den Menschen zusammen ein solches Reservat zu entwickeln. Das ist ein wichtiger Bestandteil einer neuen, nachhaltigen Alpenstrategie. Das ist bei der CSU-Fraktion lei-der nicht zu sehen. Ihre Glaubwürdigkeit werden Sie erst wiedergewinnen, wenn Sie tatsächlich die Schutzzone C am Riedberger Horn wiederherstellen. Das ist ein ent-

scheidender Baustein, um wieder Glaubwürdigkeit in Richtung nachhaltiger Alpenstrategie zu gewinnen. – Wir werden diesem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als gerade dargestellt ist der Schutz der Alpen für uns ein ganz hohes Gut. Das ist ein einmaliger Natur- und auch Kulturraum. Das ist etwas, was man nicht bloß tagespolitisch mit einer einzelnen Entscheidung betrachten sollte, sondern es ist eine langfristige Betrachtung erforderlich. Hier geht es um die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Wir stehen heute in Verantwortung für die Lebensqualität von morgen, nicht nur bei 200 Hektar an einer Stelle. Bayern nimmt diese Verantwortung – anders, als Sie es gerade dargestellt haben – wahr; denn für uns ist die Alpenkonvention ein ganz wichtiges Instrument. Sie haben es schon gesagt: Der Staatsvertrag ist ein völkerrechtlich verbindliches Übereinkommen zum Schutz der Alpen, aber vor allem auch für eine nachhaltige Entwicklung. Es stimmt ganz einfach nicht, dass wir die Alpenkonvention in ihren Zielen nicht umsetzen oder ignorieren würden.

Ich will es gerne ausführen. Das gilt ganz besonders für das Protokoll "Naturschutz" und die "Plattform Ökologischer Verbund". Dazu möchte ich gerne etwas sagen. Das Protokoll "Naturschutz und Landschaftspflege" wurde bereits im März 2007 gegründet. Damals hatten wir übrigens in Deutschland den Vorsitz. Das Umweltministerium hat sich damals schon ganz wesentlich daran beteiligt, diese "Plattform Ökologischer Verbund" zu gründen. Ziel war die Schaffung eines grenzüberschreitenden ökologischen Netzwerks, mit dem alle Beteiligten in den Alpenländern zusammengeführt werden. Diese "Plattform Ökologischer Verbund" baut auf einzelnen Bestandteilen auf, die gerade in Bayern zu diesem Zweck systematisch vorangetrieben worden sind. Ich spre-

che vom Biotopverbund BayernNetzNatur. Ich spreche von der Bayerischen Biodiversitätsstrategie, die auch aus dieser Zeit stammt. Sie dient auch den Zielen des "Biodiversitätsprogramms Bayern 2030". Das haben wir übrigens im Juli 2014 im Ministerrat noch beschlossen. Seit dieser Zeit hat es viele Projekte gegeben – Vernetzungsprojekte, Großprojekte –, an denen Bayern nicht bloß beteiligt war, sondern bei denen wir auch die Federführung hatten. In diesem Netzwerk sind auch die Großschutzgebiete wie Nationalparke und Biosphärenreservate ganz wesentliche Elemente. Beispielgebend sind der Nationalpark Berchtesgaden und die Biosphärenregion.

Herr von Brunn, wir sind uns nicht immer einig. Aber an dieser Stelle sind wir uns absolut einig. Die Biosphärenreservate können hier eine ganz wesentliche Rolle spielen. Wir brauchen die Biosphärenreservate, um die Ziele der Alpenkonvention effektiv umzusetzen. Damals hat man den Terminus "Biosphärenregion" gewählt, weil die Leute mit "Reservat" nichts anfangen konnten.

Diese Biosphärenregion Berchtesgaden zusammen mit dem Nationalpark ist ein Musterbeispiel, quasi ein Leuchtturmprojekt für den europaweiten ökologischen Verbund. Ich habe – ab 2007 war ich Staatssekretär bei Otmar Bernhard im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium – viel Erfahrung gesammelt, wie man Biosphärenreservate in der Bevölkerung verankert. Glauben Sie mir, das ist richtig mühsam. Das macht man, weil man Überzeugungsarbeit leisten muss und weil es notwendig ist, dass die Leute da mitgehen. Das kann man nicht anordnen, das kann man nicht einfach irgendwie als Rechtsform definieren, sondern die Leute müssen das leben und müssen es, damit sie es leben, auch vorher wollen. Das ist die Grundregel.

Die Geschichte der Biosphärenregion Berchtesgadener Land, aber auch des Biosphärenreservats Rhön zeigt, dass eine Biosphärenregion einen Gewinn für alle Beteiligten bringen kann, für die Natur, für die Menschen, aber auch für die Wirtschaft, wenn sie von den Menschen vor Ort getragen und mit Leben erfüllt wird, wenn diese Biosphärenregion quasi eine gemeinsame Idee ist, die auch gemeinsam gelebt wird. Das alles

voranzubringen, ist, wie gesagt, ein ganz schönes Stück Arbeit. Ich habe das mehrfach erleben dürfen.

Aus diesem Grund brauchen wir die Akzeptanz und die Unterstützung der Kommunalpolitik, der örtlichen Bevölkerung, aber auch der Betriebe vor Ort, die sich in diese Idee einfügen wollen. Wenn das nicht stattfindet, hat das Biosphärenreservat, auch das von Ihnen erwähnte, keine Chance, die Querschnittsfunktion, die Ökologie, die Ökonomie und die soziokulturellen Aspekte zusammenzuführen.

Aus diesem Grund habe ich ein Problem mit Ihrem Antrag; denn wenn ich einen Dialog mit Leuten führen sollte, die das gar nicht wollen, käme ich mir vor, als wollte ich jemandem etwas verkaufen, was er gar nicht haben will. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wenn die Idee aus einer dieser Regionen kommt, bin ich der Erste, der hilft, dass das umgesetzt wird. Ich bin auch der Meinung, dass Ihr Vorschlag, dann – dann! – eine Machbarkeitsstudie zu machen, sinnvoll ist. Aber es sollten jetzt nicht flächendeckend Machbarkeitsstudien gefertigt werden und wir dann sagen: Okay, dahin kommt es. Ich sage Ihnen, wenn man mit einer solchen Sache auf die Leute zukommt, ohne dass es von ihnen ausgegangen ist, entsteht als Erstes eine Abwehrhaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Weil ich erlebt habe, dass das sinnvoll ist, würde ich mich ehrlich freuen, wenn es zu mehreren Vorschlägen käme, wenn ich Initiativen hätte, die es von sich heraus von uns einfordern.

Die Naturoffensive, die Herr Beißwenger gerade beschrieben hat, hat das Ziel, den Menschen die Bedeutung und den Wert unseres Naturschatzes hier in Bayern nahezubringen. Vielleicht helfen die Erlebniszentren und die Artenschutzzentren, in den Menschen, vor allem in den jungen Menschen, den Wunsch zu befördern, diese Dinge noch weiter in Übereinstimmung mit Ökonomie und Ökologie zu leben. Vielleicht schaffen wir das einmal später. Aber den Weg, den Sie heute vorschlagen, halte ich

derzeit nicht für angebracht. Ich empfehle aus diesem Grunde, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, können Sie mir sagen, warum der Staatsregierung und der CSU heute eigentlich der Mut und die Weitsicht eines Hans Eisenmann fehlen, der 1970 den Nationalpark Bayerischer Wald eingerichtet hat? Auch wenn Sie jetzt verbindlich reden, irritiert mich, dass Sie und das Kabinett den dritten Nationalpark in Bayern beerdigen und am nächsten Tag mit Frau Kaniber nach Berchtesgaden fahren und Lobreden auf den Nationalpark Berchtesgadener Land halten. Wissen Sie, das passt irgendwie nicht zusammen.

Was auch nicht zusammenpasst, ist, dass Sie sagen, das muss aus der Region kommen. Abgeordnete der CSU im Bayerischen Landtag sind in ihren Regionen aufgetreten und haben Demonstrationen und Protest gegen den dritten Nationalpark, den Ihre Vorgängerin einrichten wollte, angestachelt und angeheizt. Wenn andere Leute durch das Land fahren, Leute aufstacheln und Demonstrationen provozieren, reden Sie von der CSU von Krawalltouristen. Einen solchen Ausdruck möchte ich gegenüber den geschätzten Kollegen natürlich nicht verwenden. Aber irgendwie ist das, was Sie gerade sagen, widersprüchlich. Fassen Sie doch einmal Mut und gehen Sie mit solchen Vorschlägen, die Sie offensichtlich gut finden, auf die Leute zu.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zur Naturoffensive. Was Sie fördern, sind rein touristische Maßnahmen. Da ist für den Naturschutz noch gar nichts gewonnen.

(Zuruf von der CSU: So ein Quatsch!)

Im Gegenteil ist das höchst fragwürdig. Ich nenne ein konkretes Beispiel. Die Bergsteigerdörfer, die eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben wollen, werden mit einigen Zehntausend Euro gefördert. Balderschwang und Obermaiselstein aber bekommen für den Verzicht auf eine rechtswidrige Skischaukel 20 Millionen Euro. Das müssen Sie den Menschen draußen erst einmal erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Das ist Ihre Sichtweise, Herr von Brunn. Sie wollen den Menschen etwas überstülpen, was nicht von ihnen selber kommt. Ich darf die Widersprüche, die Sie vermeintlich sehen, gerne aufklären. Ich bin ein erklärter Nationalpark-Fan. Ich bin begeistert von dem, was wir in Berchtesgaden und im Bayerischen Wald haben, und sehe auch, welche besonderen Schätze es dort gibt, die man nur auf diese Weise bewahren kann.

Aber ich bin eben auch Realist, und die Ansage, dass wir keinen Nationalpark an einer Stelle machen, wo er von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird, gilt. Sie haben gesagt: auf immer und ewig eingestampft. Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben gesagt: Die Tür ist zu, momentan geht es nicht. Wir können das gerne ein anderes Mal aufgreifen; aber die nächsten fünf bis zehn Jahre wird man es bei einer solchen Situation vor Ort wahrscheinlich nicht schaffen. Ganz ehrlich: Ich freue mich über jeden zusätzlichen Nationalpark; aber man muss ihn realisieren können, und wenn das gerade nicht geht, ist die Tür halt zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zum Zweiten. Ich weiß, was ein Biosphärengebiet oder -reservat ist.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie mal Mut!)

Ich weiß, wie es aussieht, wenn es in einer Region von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen wird. Das ist eine Philosophie, die man leben muss und die von innen

herauskommen muss. Man kann nicht ein Schild irgendwo an eine Haustür schrauben und sagen: So, jetzt sind wir Biosphärenreservat. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist auch der Grund, warum ein Nationalpark eine schöne Sache ist und ich mich über jeden freue, der funktioniert oder der neu dazukommt. Aber er muss von den Menschen gewollt, eingefordert und getragen werden. Ich tue alles dafür, das zu ermöglichen und umzusetzen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Eine weitere Zwischenbemerkung, Herr Minister: die Kollegin Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Minister, ich frage die Staatsregierung, ob es richtig ist, dass die Unterstützung der 19 Naturparke und der 61 Landschaftspflegeverbände, die es in Bayern gibt, über 80 % der Fläche in Bayern, konkret mit den Menschen und für die Menschen Naturschutz und Biodiversität stärkt. Ist das richtig?

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das für eine Frage?)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Das ist korrekt; die Dame hat es verstanden. Die Naturoffensive soll die Menschen in der Fläche dazu bringen, Begeisterung für die Umwelt und die Naturschätze aufzubringen, indem man sie informiert, indem man sie heranzuführt und indem man Besucherlenkung betreibt und auf die Besonderheiten eines sanften Tourismus hinarbeitet. Das geht auch in der Fläche sehr gut, und genau auf diesem Wege sind wir. Das hat die Kollegin haarscharf erkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ableh-

nung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Die Sitzung ist damit beendet. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 20.28 Uhr)